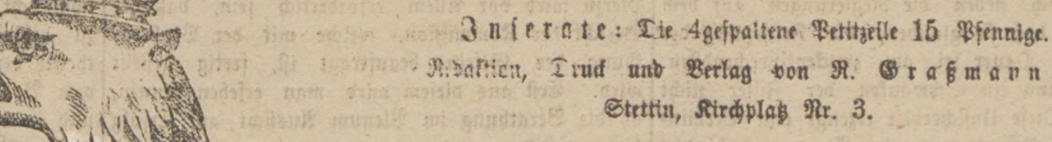
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 10. April 1880. Nr. 168.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 9. April.

Präsident Graf Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Kriegsminister v. Kameke mit mehreren Kommissarien.

Die Kommission zur Vorberathung des Viehseuchengesetzes hat sich unter dem Vorsitze des Abg. von Wedell-Malchow konstituirt; Schriftführer ist Dr. Mendel.

Tagesordnung:

Zweite Berathung der Militärgesetznovelle.

Auf den Vorschlag des Referenten Abg. Freiherrn v. Maltzahn-Gültz wird die Debatte über die beiden ersten Paragraphen verbunden.

Dieselben lauten:

§ 1. „In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1881 bis zum 31. März 1888 auf 427,274 Mann festgestellt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Präsenzstärke nicht in Anrechnung."

§ 2. „Vom 1. April 1881 ab werden die Infanterie in 503 Bataillone, die Feldartillerie in 340 Batterien, die Fußartillerie in 31 Bataillone, die Pioniere in 19 Bataillone formirt."

Hierzu beantragen:

1) Abg. Freiherr Schenk von Stauffenberg und Genossen: in § 1 statt der Worte: „bis zum 31. März 1888" zu setzen: „bis zum 31. März 1884."

2) Abg. Richter (Hagen): a) den ersten Satz des § 1 folgende Fassung zu geben: „Die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften wird für die Zeit nach dem 1. April 1881 durch den Reichshaushaltsetat festgestellt." — Eventuell nach Annahme des § 1 Satz 1 in vorstehender Fassung folgende Resolution zu beschließen: „Den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach unter Abänderung des Art. 59 der Verfassung die Dienstpflicht der Infanterie bei den Fahnen auf zwei Jahre beschränkt wird." b) den Satz 2 des § 1 wie folgt zu fassen: „Die Einjährig-Freiwilligen auf die Friedens-Präsenzstärke in Anrechnung zu bringen", — demnach in diesem Satze das Wort „nicht" zu streichen.

Referent Abg. v. Maltzahn-Gültz giebt zunächst einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen innerhalb der Kommission und betont, daß die Majorität der Kommission sich von der Nothwendigkeit der Vermehrung der Armee überzeugt habe und der Meinung sei, daß durch diese Vermehrung am besten für die Erhaltung des europäischen Friedens gesorgt werde. Für die Abkürzung des Septennats sei in der Kommission ebenfalls ein stichhaltiger Grund nicht angeführt worden. Der Referent wiederholt, daß die geographische und politische Lage Deutschlands eine Vermehrung der Armee erfordere und bittet, die beiden Paragraphen mit möglichst großer Majorität anzunehmen.

Abg. Dr. Lasker: Es ist in der That ganz unmöglich, die Heeres-Präsenzstärke auf sieben Jahre und darüber hinaus festzustellen. Die Kommission hat in ihrer Majorität sich lediglich von der augenblicklichen politischen Lage bei ihren Beschlüssen leiten lassen, ohne die wirthschaftliche Lage genügend zu berücksichtigen. Man hat nur den vorhandenen starken Willen in Betracht gezogen und sich deshalb auch nicht zur Abkürzung der Dienstzeit verstehen können, obgleich in diesem Punkte, wie selbst erfahrene Militärs anerkennen, jener starke Wille bedeutend nachgelassen hat. Ich will von den schweren Lasten nicht sprechen, welche durch die Militärlast ganz Europa zu Boden drücken, und unsere gesammte wirthschaftliche und soziale Entwickelung hemmen. Ich erkenne sogar an, daß unsere Militär-Verwaltung relativ gut wirthschaftet und die sparsamste Verwaltung ist, obgleich noch mehr gespart werden könnte, namentlich beim Kasernenbau. Aber das Entscheidende in der ganzen Frage ist, daß die konstitutionelle Rücksicht gebietet, den Militäretat genau so zu behandeln, wie die übrigen Etats, und daß in jedem Jahre nur Das bewilligt wird, was nützlich und für das nächste Jahr erforderlich ist. Man muß ohne jede Beschränkung über den Militäretat allein auf Grund der gesetzlichen Organisation diskutiren können. Auch für die Regierung selbst halte ich ein solches Verfahren für besser. Gestehen Sie doch endlich zu, daß Sie aus politischen Erwägungen das Septennat bewilligen. Unser Antrag enthält keinen Angriff gegen diejenigen Forderungen, welche die Regierung jetzt an uns stellt. Wir erkennen der Hauptsache nach an, daß die jetzige politische Lage wohl eine Rechtfertigung dafür sein mag, mit der Vermehrung unserer Armee so vorzugehen, wie die Regierung beabsichtigt. Aber andererseits fordern wir, daß der heutige Zustand, der ein anormaler ist, nicht dazu benutzt werde, um die hohen Militärlasten für alle Zeiten festzustellen. Wir wollen uns unser Votum darüber für die Zukunft vorbehalten.

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode spricht für die Vorlage und gegen die zweijährige Dienstzeit. Man vergesse doch nicht, daß, wenn sich auch das Material der Armee sehr bedeutend gebessert, auch die Anforderungen an den Soldaten viel höhere geworden, als dies vor 50 Jahren der Fall gewesen. Es gehöre gegenwärtig eine geraume Zeit dazu, unsere Soldaten vollständig auszubilden. Die zweijährige Dienstzeit sei in Preußen überhaupt nur in einer Nothlage zugelassen worden, als der Staat kein Geld hatte. Ein großes Glück war es, daß wir im Jahre 1850 keinen Krieg zu führen brauchten; mit einer Armee, wie die damalige, hätte auch Fürst Bismarck keinen Krieg geführt. Der Antrag Lasker-Stauffenberg ist ganz unpraktisch. Wir bewilligen auf 7 Jahre, damit erst wieder in sieben Jahren eine Vermehrung erfolgen kann. Würden wir auf 3 Jahre nur bewilligen, dann käme die Vermehrung vielleicht schon nach 3 Jahren. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk fordert diese nothwendige Vermehrung und es wäre bedauerlich, wenn hier im Hause nur eine schwache Majorität dafür eintreten würde. Redner bittet, möglichst einstimmig die Forderung der Regierung zu bewilligen. (Bravo rechts.)

Abg. Richter (Hagen) führt aus, daß die erste Berathung der Vorlage wesentlich durch die politische Lage beeinflußt worden sei. Heute habe sich die Lage, wie für Jeden erkennbar, wesentlich gebessert. Damals sah es so aus, als handelte es sich um einen außerordentlichen Kredit, um an die Grenze zu marschiren. Auch die Parteiverhältnisse des Hauses waren noch nicht so klar wie heute, daher die eigenthümliche Zusammensetzung der Kommission. Heute stehen wir vor einer ganz veränderten Situation. Auch die in der Kommission angestellten Untersuchungen über die Friedenspräsenzstärke haben ein anderes Resultat ergeben. Der Kommissionsvorschlag kann also heute nicht mit der Autorität auftreten, die sonst Kommissionsvorschläge haben. Redner geht auf eine Widerlegung der früheren Ausführungen des Abg. Grafen Moltke vor und begründet sodann den Antrag der Fortschrittspartei. Er weist nach, daß die Kriegsstärke unserer Armee immer zu niedrig veranschlagt werde. Die Frage, die uns trennt, ist eben die: Welche Opfer sind im Frieden erforderlich, um zu der nothwendigen Kriegsstärke zu gelangen? Hierbei dürfte ein Wetteifer mit anderen Staaten nicht stattfinden, denn Preußen habe zu allen Zeiten eine geringere Friedenspräsenzstärke gehabt, als unsere militärischen Nachbarstaaten. Redner wendet sich gegen den Abg. Gneist und gegen dessen Behauptung, daß die gegenwärtige Militärlast gegen früher eine zwei Mal geringere geworden ist. Das sei geradezu unwahr; niemals habe in Preußen die Friedenspräsenzstärke 1 pCt. der Bevölkerung betragen, sie sei immer darunter geblieben. Auf Frankreich dürfe man nicht neidisch blicken. Wolle man sich Frankreich zum Muster nehmen, sich dieselbe Steuer-, dieselbe Schuldenlast, das Tabaksmonopol ꝛc. aufbürden? Uebrigens habe die französische gesetzgebende Versammlung auch bereits bedeutende Erleichterungen eintreten lassen. — Auf seinen Antrag bezüglich der zweijährigen Dienstzeit übergehend, weist Redner nach, daß die Reduktion der Dienstzeit auf zwei Jahre allein im Stande sei, unsere Verhältnisse zu bessern und die Armee selbst schlagfertiger zu gestalten. Endlich beleuchtet er unsere wirthschaftlichen Verhältnisse und behauptet, daß eine erste Folge der neuen wirthschaftlichen Gesetzgebung die vermehrte Auswanderung sei. In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich gegen den Abg. von Bennigsen und weist diesem Redner gegenüber nach, daß sich die Stellung des Reichskanzlers wesentlich verstärkt habe. Die Centrumspartei, um derentwillen Herr v. Bennigsen allein das erste Septennat bewilligte, sei aus ihrer oppositionellen Stellung herausgetreten und habe dem Reichskanzler im vorigen Jahre 130 Millionen bewilligt. Der Papst habe sogar dem Herrn Reichskanzler zum Geburtstag gratulirt (Heiterkeit). Also die Stellung des Herrn Reichskanzlers sei befestigt und dennoch habe Herr v. Bennigsen noch im vorigen Jahre konstitutionelle Garantie gefordert, in diesem Jahre nicht mehr. Der Reichskanzler habe jetzt zwei Majoritäten, von denen die eine, Centrum und Konservative, die Einnahmen, die andere, Nationalliberale und Konservative, die Ausgaben bewillige. Dabei möchten die Steuerzahler schlecht fahren, der Parlamentarismus ginge dabei zu Grunde, denn das Volk wende sich mit Abscheu von dieser Kompromißwirthschaft und werde gleichgültig gegen unsere parlamentarischen Zustände. Möge man noch in letzter Stunde einen besseren Weg einschlagen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Rickert (für die Vorlage) wendet sich gegen den Vorredner, dessen Behauptung, daß die nationalliberale Partei um die Gunst des Reichskanzlers wettlaufe, er in entschiedener Weise zurückweist. Seine Partei prüfe die Vorlagen der Regierung nach ihrem inneren Werth und entscheide rein sachlich. Die nationalliberale Partei habe es abgelehnt, in einer negirenden Stellung zu verharren. Mit dem Moment, wo die Regierung durch die nachgesuchte Indemnität anerkannte, daß sie gegen das bestehende Gesetz gehandelt, erklärte der Abg. Twesten, auf den sich die Herren so oft berufen, daß von diesem Augenblicke an unsere negirende Stellung aufhöre, und daß sich die Partei nunmehr auf einen positiven Boden stellen müsse. Wer habe denn gegen die Norddeutsche und später gegen die Deutsche Verfassung gestimmt und alle die grundlegenden Gesetze abgelehnt, ohne welche die Deutsche Nation nichts wäre? Sie, Herr Richter, und Ihre Partei waren es. (Beifall). Wir haben uns nicht zu schämen, mit den Konservativen gemeinsam diejenigen Gesetze gemacht zu haben, welche wir für das Wohl der Nation für geboten hielten. Wir folgen nicht blindlings dem Herrn Reichskanzler, und ich für meine Person habe noch im vergangenen Jahre bewiesen, daß, wo meine Ueberzeugung es nicht zuläßt, ich auch die Vorlagen des Herrn Reichskanzlers bekämpfe. Verlangt denn der Herr Richter, daß ich seiner Ueberzeugung folgen solle? Nein, ich und meine Freunde werden nach wie vor unsere eigene Ueberzeugung zur Richtschnur nehmen. Darin, ob wir für drei, fünf oder sieben Jahre stimmen, liegt nicht das Wesen des Liberalismus. Ich habe die Ueberzeugung von der Meinung unseres Volkes, daß es in dieser Frage einen Unterschied nicht erkennen wird, und daß das liberale Volk uns auch dann noch zu den Seinigen zählen wird, wenn wir für die Vorlage stimmen. . . Redner beleuchtet sodann die Militairverhältnisse unserer Nachbarstaaten, namentlich die Frankreichs. Die Anstrengungen dieses Landes auf militairischem Gebiete seien erstaunlich. Zwar liege nicht die Nothwendigkeit vor, den Anstrengungen Frankreichs und Rußlands überall zu folgen; es sei dies aber auch nicht der Fall, denn die Steigerung der Militairlasten in Deutschland sei anderen Staaten gegenüber eine geringe. Rußland und Frankreich arbeiten mit fieberhafter Thätigkeit an der Erhöhung ihrer Wehrkraft. Redner glaubt, daß es nicht mehr lange dauern wird, daß für Frankreich zuerst die Abrüstung nothwendig werden wird. Die Annahme der Vorlage sei dringend geboten gerade im Interesse des Friedens. Eine Deutsche Friedenspolitik sei nur dann wirksam, wenn sie gedeckt werde durch eine starke, schlagfertige Armee, und es wäre eine kostspielige, kurzsichtige Finanzpolitik, diese 17 Millionen für das Heer zu verweigern, denn wenn Deutschland in der Stunde der Gefahr nicht gerüstet sei, könne in wenig Tagen vielleicht mehr vernichtet werden, als die Ausgaben für das Militair in Decennien betragen. Redner behauptet, daß die Volksmeinung sich nur deshalb über diese Frage nicht geäußert habe, weil der Vorlage die Majorität von vornherein gesichert schien. Der Herr Richter möge einmal versuchen, in Bezug hierauf die Kandidatenfrage zu stellen; er (Redner) glaube, das nationale Bewußtsein im Volke sei noch so groß, daß es schwerlich zu Gunsten des Herrn Richter entscheiden würde. Er wünsche übrigens den Augenblick herbei, wo die Militärfragen aus den Programmen der politischen Parteien ausscheiden werden. Die Armee sei unser kostbarstes Gut, für das alle Parteien gleichmäßig eintreten, und, Gott sei Dank, noch sei keine Partei bei uns vorhanden, welche gesonnen wäre, unser Land wehrlos zu machen. Die Vorlage sei ein Mittel, um die Stellung Deutschlands und den Frieden in Europa zu erhalten. Deshalb geben wir mit Freuden unser Votum für die Vorlage ab. Ich bitte Sie, stimmen Sie mit uns für dieselbe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Centrum) ist dem Vorredner sehr dankbar dafür, daß derselbe Denjenigen, welche gegen die Vorlage sind, nicht Mangel an Patriotismus als Motiv hierfür untergeschoben: Er und seine politischen Freunde seien Gegner der Vorlage, weil sie eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zur Sicherung des Reiches nicht für nothwendig hielten. Die nothwendige Friedenspräsenzstärke des Heeres sei ebenso wenig zu fixiren, wie man sagen könne, wie viel Haare zu einem Pferdeschweif gehören müssen. Einer Koalition der europäischen Mächte gegenüber gewähre auch diese Vorlage keine Garantie. Die Hauptsache bleibe immer eine gute auswärtige Politik. Eine Invasion seitens Frankreichs stehe nicht zu befürchten; wenn man sie an die Wand male, so geschehe das nur, um einen höheren Etat für die Armee durchzusetzen. Fürst Bismarck habe selbst die Wiedereroberung und die Germanisirung Elsaß-Lothringens als den sichersten Schutz der deutschen Grenze gegen Frankreich bezeichnet. Redner erklärt, daß er für die Richter'schen Anträge stimmen werde.

Kriegsminister v. Kameke: M. H.! Ich habe nicht die Absicht, alle die speziellen Einwürfe, welche gegen die Vorlage gemacht sind, zu widerlegen. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, über zwei Dinge zu sprechen. Der Abg. Richter hob hervor, die politische Lage hätte sich seit der ersten Lesung geändert, die pessimistische Stimmung, welche damals geherrscht, bestehe jetzt nicht mehr. Darauf möchte ich erwidern, daß ich mich in der Rede, mit welcher ich die erste Lesung eingeleitet habe, dahin ausgesprochen habe, daß nicht die augenblickliche politische Lage überhaupt zu diesem Gesetze geführt hätte, sondern die Voraussicht auf die dauernde politische Lage, in die unser Vaterland kommen könnte. Dann hat der Herr Abgeordnete Richter von der Abkürzung der Dienstzeit gesprochen, und er begegnete sich dabei mit einer Aeußerung des Abg. Lasker. Der Abg. Lasker sagte, daß nicht nur der Wunsch nach Abkürzung der Dienstzeit im Lande allgemein verbreitet sei — was auch ich ja ganz natürlich finde — sondern auch bis in den rechten Flügel dieses Hauses verbreitet sei, und daß nur ein mächtiger Wille die Ausführung dieses Gedankens hindere. Demgegenüber muß ich erklären, daß seitens der Organe der Militärverwaltung vollständig die Ueberzeugung besteht, daß eine Abkürzung der Dienstzeit der Infanterie nicht befürwortet werden kann, ohne die Armee zu schädigen. Das Material für die Dienstzeit liegt in der Verfassungsurkunde und in dem Gesetze von 1867. Ich will nur noch eins sagen. Der Abg. Richter führte an als Gewährsmann für sich den französischen Kriegsminister General Farre, welcher die Dienstzeit auf 40 Monate herabgesetzt hat. Die Sache liegt eigentlich nicht so. General Farre hat eigentlich die Dienstzeit nicht herabgesetzt, sondern sein Vorgänger hatte die Absicht, die Dienstzeit der Infanterie auf 2 Jahre 10 Monate herabzusetzen, also auf diejenige Dienstzeit, welche wir für die am längsten Dienenden noch inne halten. Der jetzige Kriegsminister hat erklärt, er könne die Infanterie nicht in 3 Jahren ausbilden, darum brauche er 3 Jahre 4 Monate. (Hört! hört!) Die première portion soll also jetzt 40 Monate dienen. Nun sagt der Abg. Richter, wenn die durchschnittliche Dienstzeit berechnet werden sollte, so werde sie kürzer sein, als in Preußen. Bis zum Jahre 1874 betrug die erste Portion in Frankreich 76,749 Mann, die zweite 55,192 Mann. Jetzt aber fordert General Farre, daß die première portion von 76,000 Mann auf 116,000 Mann erhoben werden soll und daß die deuxième portion von 55,000 auf 80,000 Mann erhöht werden sollte, und daß die Ausbildung für die erste Portion nicht 6 Monate, sondern ein Jahr dauern soll. (Bewegung.) Sie begreifen, daß das nicht angeführt werden kann für die Herabsetzung der Dienstzeit (sehr richtig!). Die zweite Sache, über die ich zu sprechen habe, ist das Septennat. Die Herren erinnern sich, daß im Jahre 1874 seitens der Regierungen für die Feststellung der Präsenzziffer

die immerwährende Dauer der Bewilligung d. h. bis zur Abänderung durch Gesetz gefordert wurde. Auch jetzt noch stehen die Regierungen auf dem Standpunkte, daß sie glauben, die Festsetzung der unbeschränkten Dauer sei am zweckentsprechendsten. Unser Heer kann ein Schwanken der Ziffer nicht vertragen. Diese Unsicherheit erzeugt eine Verminderung des Selbstvertrauens der Armee und hindert die Verwaltung, zweckgemäß und mit richtiger Voraussicht zu wirthschaften. Aber sie mindert auch das Vertrauen des Volkes auf den Schutz, den ihm die Armee gewähren soll. Nur die dauernde Sicherheit des Bestehenden vermag nach unserer Ansicht der Armee innere Tüchtigkeit, Selbstvertrauen und Selbstachtung zu geben. Wenn nun im Jahre 1874 die verbündeten Regierungen auf einen Kompromiß bezüglich des Septennats eingegangen sind, welchen der Reichstag anbot, so stellt sie sich in der jetzigen Vorlage genau auf denselben Standpunkt. Die Regierungen haben von jeder weiteren Forderung, die sie für richtig gehalten hätten, Abstand genommen, hoffen aber, daß der Reichstag ihnen in der Beziehung auch entgegenkommen werde, ihre Loyalität anerkennen werde, um so mehr, weil in der jetzigen Weltlage kein Motiv gefunden werden möchte, welches die kürzere Bewilligung irgendwie rechtfertigen könnte. Danach, meine Herren, können die verbündeten Regierungen nur in der siebenjährigen Periode dasjenige Entgegenkommen erblicken, welches sie in den Stand setzt, nach ihrer Ansicht die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Nachdem sich noch Abg. Freiherr v. Lerchenfeld für die Vorlage, die er mit der centralen Lage Deutschlands in Europa rechtfertigt, ausgesprochen, schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Gneist, Richter (Hagen), Rickert, Dr. Lasker, und nach einem kurzen Schlußwort des Referenten Freiherrn von Maltzahn-Gültz schreitet das Haus zur Abstimmung.

Die Anträge des Abg. Richter (Hagen) zu § 1 werden mit großer Majorität abgelehnt; der Antrag Stauffenberg-Lasker wird bei Namensaufruf mit 180 gegen 104 Stimmen verworfen, dafür stimmen außer den Unterzeichnern des Antrags, den Abg. Dr. Lasker, Dr. Bamberger, Dr Thilenius, Pflüger, Dr. Sommer, Dr. von Forckenbeck, die Mitglieder der Fortschrittspartei nnd des Centrums.

Die Annahme des ganzen § 1 erfolgt mit 186 gegen 96 Stimmen, dagegen nur Centrum und Fortschritt.

§ 2 wird angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Rest der heutigen Berathung, kleinere Vorlagen.

Schluß $5^{1}/_{4}$ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 9. April. Heute Mittag 2 Uhr fand unter Vorsitz des Staatsministers Hofmann eine Plenarsitzung des Bundesraths statt. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war eine Mittheilung in Betreff der Erneuerung des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn. Wie ich außerdem höre, sind die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung übereingekommen, den jetzt bestehenden, auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. abgeschlossenen Handelsvertrag um ein Jahr zu verlängern. Eine darauf bezügliche Vorlage dürfte jedoch in der heutigen Sitzung des Bundesraths noch nicht eingebracht sein.

Verschiedene Blätter haben in letzterer Zeit Mittheilungen gebracht über Aenderungen, welche in der Vertheilung der Geschäfte im Kultusministerium stattgefunden hätten. Das Thatsächliche daran ist auf Folgendes zurückzuführen. Bereits am 1. April v. J., wo das technische Unterrichtswesen dem Kultusministerium unterstellt wurde, erreichte die Abtheilung für die Unterrichtsangelegenheiten einen solchen Umfang, daß eine Theilung ins Auge gefaßt wurde. Zunächst entschloß sich der damalige Kultusminister Falk, ein Provisorium derart einzurichten, daß die Direktionsgeschäfte in Bezug auf die Bearbeitung des Volksschulwesens dem Direktor der Abtheilung für die geistlichen Angelegenheiten übertragen wurden. Nachdem diese Einrichtung jetzt ein Jahr lang bestanden hat und es unverkennbar ist, daß die den beiden Direktoren zugewiesenen Geschäftskreise zu groß sind, während andererseits die Bearbeitung der Volksschulsachen und die Bearbeitung verwandter Materien, wie des Seminar- und Präparandenwesens und der Schulaufsichtsangelegenheiten, durch und unter verschiedenen Direktoren zu Unzukömmlichkeiten führt, hat der Kultusminister vom 1. April d. J. ab bis auf Weiteres eine andere Vertheilung der Geschäfte eintreten lassen, welche darin besteht, daß mit der Superrevision und Zeichnung der über die erwähnten Angelegenheiten ergehenden Verfügungen einer der älteren Räthe des Ministeriums beauftragt worden ist.

Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung über die im Monat Februar beförderten Züge und deren Verspätungen wurden auf 58 größeren Bahnen mit einer Gesammtlänge von 28425,80 Kilom. an fahrplanmäßigen Zügen befördert 10,730 Kurier- und Schnellzüge, 71,678 Personen-, 44,909 gemischte und 71,063 Güterzüge, an außerfahrplanmäßigen Zügen 880 Kurier-, Personen- und gemischte und 2329 Güter-, Materialien- und Arbeitszüge. Es verspäteten sich von 127,317 fahrplanmäßigen Zügen im Ganzen 1566. Von diesen Verspätungen wurden jedoch 731 durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge hervorgerufen. In demselben Monate des Vorjahres verspäteten sich auf 57 Bahnen 1060 Züge.

Es ist kürzlich in der Berliner Presse gemeldet worden, das Herrenhaus beabsichtige in der Nachsession des Landtages das Jagdgesetz zu erledigen. Hierzu wird vor Allem erforderlich sein, daß der Bericht der Kommission, welche mit der Vorberathung des Gesetzes beauftragt ist, fertig gestellt wird. Erst aus diesem wird man ersehen können, ob die Berathung im Plenum Aussicht auf Erfolg bieten würde.

Berlin, 9. April. Infolge der Antwort des Kaisers an den Reichskanzler soll ein Präsidial-Antrag an den Bundesrath zu erwarten sein zur Einschränkung der Substitutionen, vielleicht durch authentische Interpretation des Artikels 7 der Verfassung, dessen bisherige Auslegung die fraglichen Uebelstände herbeiführte. Der Bundesrath würde seinen Beschluß zurücknehmen. Wegen etwaiger anderer Verfassungsanträge ist man auf Vermuthungen angewiesen; bis jetzt hat noch nichts darüber verlautet.

Ausland.

Paris, 8. April. Der „Ordre", das offizielle Organ des Prinzen Napoleon, wirft heute Paul de Cassagnac über Bord; es meldet, daß „der Prinz Napoleon von je her ein Feind Cassagnac's gewesen sei." „Es genügt uns", so fügt er hinzu, „Akt von den Erklärungen des Herrn de Cassagnac zu nehmen und daraus zu ersehen — denn darin sind wir einig —, daß es zwischen dem Cassagnac'schen Imperialismus und der Partei, deren Führer der Prinz Napoleon ist, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart, noch in der Zukunft die geringste Gemeinschaft giebt." Die Bischöfe, deren Aufhetzereien bis jetzt nur zu ganz unbedeutenden Kundgebungen führten, geben den Widerstand nicht auf, wie das Schreiben des Erzbischofs von Tours und seiner Bischöfe lehrt. In demselben wird der Präsident der Republik aufgefordert, seine Dekrete zurückzuziehen. Sie stellen ihre Forderungen in folgenden Sätzen auf: „Wir verlangen von Ihnen (dem Präsidenten der Republik), daß Sie von den Ordensgesellschaften die Beschaffung der gesetzlichen Anerkennung nicht fordern. Wir verlangen es im Namen der von den Staatsgesetzen anerkannten religiösen Freiheit; im Namen der Rechte der katholischen Kirche; im Namen des Episkopats, welcher Hülfspriester gebraucht; im Namen der geistigen Interessen, die, was das Predigten, den Unterricht und die Leitung der Gewissen anbelangt, durch die Anwendung der Dekrete vom 29. März stark leiden würden. Wir verlangen es endlich, um furchtbare Kämpfe zu vermeiden, Frankreich und der ganzen Welt das traurige Schauspiel einer der tiefsten Spaltungen zu ersparen.

Die katholischen Journale veröffentlichen mehrere Schreiben, welche von Erzbischöfen und Bischöfen bezüglich der Dekrete vom 29. d. Mts. an den Präsidenten Grevy gerichtet worden sind.

Provinzielles.

Stettin, 10. April. Der 16jährige Schuhmacherlehrling August Abel zu Flecken Gülzow hat am 10. Januar d. J. einen 7jährigen Knaben, welcher durch das dünne Eis des dortigen Mittelsees eingebrochen war, mit Muth und Entschlossenheit vom Tode des Ertrinkens gerettet; ebenso hat am 13. Januar d. J. der Arbeitsmann Johann Ramm zu Neuwarp mit eigener Lebensgefahr eine durch das schwache Eis des dortigen Sees eingebrochene Person gerettet. Diese menschenfreundlichen Handlungen werden von der königl. Regierung in der letzten Nummer des Amtsblattes mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Rettern eine Geldprämie bewilligt ist.

— Obgleich schon unzählige Fälle vorliegen, in denen Menschenleben durch unvorsichtiges Umgehen mit Schußwaffen gefährdet wurden, ereignen sich doch, wie die „Starg. Ztg." schreibt, immer wieder neue Unglücksfälle, so daß man über den eigentlich sträflichen Leichtsinn staunen muß, mit dem Menschenleben aufs Spiel gesetzt resp. deren gesunde Gliedmaßen preisgegeben werden. Ein solcher Fall ereignete sich auch am Donnerstag in der sechsten Abendstunde in Naulin bei Pyritz. Der Bauer Meinert hatte sein Gewehr in Ordnung gebracht, um durch Abgeben mehrerer Schüsse in der Abendstunde die vielen Krähen von den Saatschlägen zu vertreiben. Noch mit der Reinigung desselben beschäftigt, kommt eine Einliegerfrau zu ihm und wird diese von M. gefragt, ob er sie todtschießen solle. Hierauf giebt der Bauer M. seinem Schafjungen das Gewehr, der damit verschiedene Manipulationen macht, so daß dasselbe los und dem elfjährigen Sohn des M. der Schuß ins Gesicht geht. War derselbe auch nicht todt, so hat er doch schwere Verletzungen im Gesicht davongetragen und müssen die Gewissensbisse des unvorsichtigen Vaters bei dem Anblick des durch eigene Schuld verunstalteten Sohnes doch dauernd große sein. Aerztliche Hülfe wurde sofort geholt.

— In der Person des 14jährigen Arbeitsburschen Karl August Kiesel von hier, der in der heutigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter der Anklage des schweren Diebstahls die Anklagebank betrat, lernten wir wieder einen jener Taubenliebhaber kennen, denen es an den nöthigen Mitteln fehlt, um solche Thiere anzuschaffen und der deshalb dieselben auf andere Weise zu erlangen sucht. Er machte am 27. Dezember v. Js. dem Taubenschlage der Ullrich'schen Eheleute einen Besuch und nachdem er die Krampe des Schlosses erbrochen, entwendete er 6 Tauben. Dafür wird er mit 6 Wochen Gefängniß bestraft.

Der Knecht Johann Friedrich Ernst Krienägel gen. Lade diente zu Ende v. Js. bei dem Bauer Sasse in Uchdorf; des Abends erhielt er stets den Besuch seiner Freunde, der Knechte Karl Pehlmann und Ernst Schoening und unterhielt sich mit denselben. Da die Unterhaltung weit lebhafter wird, wenn man dabei ein Pfeifchen schmaucht, so sannen die 3 Freunde nach, wie sie zu billigem Tabak kommen könnten. Krienägel theilte den beiden Freunden mit, daß sein Herr auf dem Boden Tabak zum Trocknen aufgehängt habe und in der Nacht vom 21. zum 22. November stiegen Pehlmann und Schoening auf den Boden, während Krienägel Wache stand, und entwendete Jeder circa 20 Pfund Tabak. Deshalb wird Pehlmann und Schoening wegen schweren Diebstahls mit je 6 Monaten und Krienägel wegen Beihülfe mit 3 Monaten Gefängniß bestraft.

Die nächste Verhandlung gegen die Arbeiter August Friedrich Ferdinand Krüger und Paul Karl Teske, welche geständig sind, am 16. Januar d. Js. eine dem Zimmermeister Heider gehörige Brücke gestohlen zu haben, endet mit der Verurtheilung des Krüger zu 14 Tagen und des Teske, der bereits mehrmals vorbestraft ist, zu 3 Monaten Gefängniß.

Die gegen die verwittwete Maschinenmeister Ida Menpel geb. Frank geführte Verhandlung geschah mit Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Angeklagte ist der schweren Kuppelei beschuldigt und wird deshalb zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt, auch die sofortige Verhaftung verfügt.

— Der Post-Dampfer „Titania" ist mit 20 Passagieren am vergangenen Donnerstag von Kopenhagen in Stettin eingetroffen und am Sonnabend, den 10. April, mit 25 Passagieren nach Kopenhagen wieder abgelassen.

— Die am 25. v. Mts. Abends von dem englischen Schraubendampfer „Dalton" angerannte und in Folge dessen gesunkene Galeas „Sophie" aus Stralsund liegt ungefähr 10 Seemeilen im N. z. W. vom Swinemünder Hafen mit über Wasser hervorragenden Masten. Zur Warnung passirender Schiffe ist an dem großen Maste eine grüne Flagge angebracht.

— Am 8. d. M. fand hier nach der „Neuen Stettiner Zeitung" eine Versammlung des „liberalen Wahlvereins" statt, in welcher u. A. auch der Landtagsabgeordnete Herr Oberlehrer Th. Schmidt einen sogenannten Rechenschaftsbericht hielt. Sonst versteht man unter dem Rechenschaftsbericht eines Abgeordneten allerdings einen Bericht, den der betreffende Abgeordnete über seine eigene Thätigkeit, und zwar vor der Gesammtheit seiner Wähler, hält. Herr Schmidt begnügte sich indessen einmal damit, nur vor seinen überdies sehr spärlich erschienenen Vereinsgetreuen zu reden und sodann — ja was Herr Schmidt eigentlich gesagt, können wir, da wir nicht zu den erwähnten Intimen gehören, nicht so genau verrathen, aber wenn wir auch hier der Darstellung des erwähnten Blattes folgen — so begnügte sich Herr Schmidt damit, sei es, daß er über seine eigene Thätigkeit nur wenig zu berichten hatte oder daß der Berichterstatter der „Neuen Stettiner Zeitung" gerade den über die Thätigkeit des Herrn Schmidt handelnden Theil der Rede als kaum wesentlich ganz überhörte, in der Hauptsache damit, von anderen Leuten zu sprechen und beispielsweise über den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Köller einige Sächelchen zu erzählen, die wohl überall eher als in einen Rechenschaftsbericht des Abg. Theod. Schmidt hingehören. Herr Schmidt kritisirte sodann nachträglich eine Aeußerung des Herrn Kultusministers v. Puttkamer über den Niedergang des Lehrerstandes in den großen Städten mit Ausnahme Berlins, vermochte aber nicht zu berichten, daß er im Landtage dieser Aeußerung entgegengetreten und auch für Stettin eine Ausnahme in Anspruch genommen. Diese nachträgliche Kritik erinnert daher etwas an das bekannte „Schnippchen in der Tasche", welches der Bauer seinem Amtmann geschlagen haben wollte. Auch über den Schaden, welchen nach Herrn Schmidt eine Vermehrung des Wildstandes für uns mit sich bringen soll, wird man sich in unserer Gegend, wo es immer noch mehr Jäger als Hasen giebt, wohl mit Leichtigkeit zu trösten wissen.

Vermischtes.

— Der Platz vor dem Wiener Börsengebäude ist von jeher der Schauplatz eines buntbewegten Lebens und manchmal höchst komischer Scenen gewesen, da in Wien eine große Anzahl von Personen, welche an der Börse keinen Einlaß finden, außerhalb derselben ihre Spekulationen vollziehen. Da sieht man verkommene Existenzen, Frauenspersonen, welche mit Börsenagenten unterhandeln und durch sie ihre Börsenoperationen besorgen lassen, zahlreiche Polizeischutzmänner, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten haben und dergl. mehr. Seit geraumer Zeit erscheint auch, wie aus Wien berichtet wird, täglich um 12 Uhr eine dürftig gekleidete Person vor dem Börsengebäude am Schottenring. Sie kommt im Laufschritte dahergeeilt, stürzt über die steinerne Vortreppe direkt zur Thüre und haut der nackten Wand des Börsengebäudes „Eine runter". Vor einigen Tagen nun wurde die Person von einem Polizei-Wachtmanne zur Rede gestellt, was sie mit dem seltsamen Schlagen an die Mauer bezwecke, und da ward den Umstehenden, welche mit Spannung eine Erklärung erwarteten, ein ebenso seltsamer Aufschluß zu Theil. Die Frau gab an, daß der Gatte sein und ihr Vermögen auf der Börse verspielt habe und daß sie darum beschlossen, dieselbe, welche an ihrem Unglücke die Schuld trage, alltäglich zu züchtigen! Die Wände haben wohl Ohren, aber für Schläge dürften sie wenig empfindlich sein; das hindert jedoch die Frau nicht, ihren strafenden Arm auch jetzt noch um die erwähnte Stunde nach der Börsenmauer auszustrecken. Seitdem aber die Ursache dieses „Wandschlagens" bekannt geworden, bildet sich kein Kreis von Neugierigen mehr um die Unglückliche. „Sie könnte sich einmal irren und mich treffen", sagte ein Furchtsamer, worauf ein Witzbold schlagfertig bemerkte: „Weiß Gott, ob das ein Irrthum wäre!"

— (Die Krone der Kaiserin Eugenie.) Die Exkaiserin hat, wie aus Paris geschrieben wird, vor ihrer Abreise nach dem Zululande eine kostbare, mit Diamanten, Smaragden und kunstvoll eiselirten goldenen Adlern geschmückte Kaiserkrone, welche sie bei ihrer Jahre lang projektirten, aber nie zur Ausführung gelangten Krönung tragen sollte, der Pariser Kirche Notre-Dame-des-Victoires, in der sie mit besonderer Vorliebe ihre Andacht zu verrichten pflegte, zum Geschenk gemacht. Die Herzogin von Mouchy hat das Juwel von Chislehurst zurückgebracht und wird es Anfang nächster Woche der Geistlichkeit besagter Kirche überreichen.

— Wie hülflos ein Panzerschiff unter Umständen sein kann, bezeugt eine Mittheilung aus Rio de Janeiro vom 18. März, welche besagt, daß der Monitor „Solimoens", der am 11. März eine Uebungsfahrt antrat, seit vier Tagen vermißt wird. Am 12. wurde gemeldet, daß seine Maschine arbeitsunfähig geworden, und man vermuthet nun, daß das Schiff planlos umhertreibt. Mehrere Dampfer sind abgegangen, um das vermißte Schiff zu suchen, dessen Besatzung inzwischen auf dem von der tropischen Sonne erhitzten Eisenkoloß furchtbar gelitten haben muß, wenn es ihr nicht gelungen ist, auch ohne die unbrauchbar gewordenen Maschinen die Ventilation im Schiffe zu unterhalten.

— (Höflichkeit eines Diebes.) Ein berüchtigter Taschendieb, welcher sich in der Berliner Stadtvogtei in Haft befand, entsprang am Mittwoch einem Gefangenwärter, als dieser ihn gerade zur Vernehmung zum Untersuchungsrichter führte. Die Flucht gelang ihm, trotzdem er sich in der Anstaltskleidung befand. Vorgestern Vormittag sandte derselbe die Gefangene kleidung durch einen Dienstmann mit einem höflichen Schreiben nach der Stadtvogtei, worin er um Entschuldigung bat, daß er den ihm nicht gehörigen Gefangenen-Anzug der Strafanstalt für einen Tag entzogen habe.

Literarisches.

Schlechtendal, Flora von Deutschland. Alle geehrten Leser und alle Freunde der Pflanzenwelt machen wir auf dies ausgezeichnete Werk aufmerksam, welches jetzt zum ersten Male zu überaus billigem Preise erscheint und vielmal billiger ist als früher. Dasselbe bringt alle Phanerogamen und Farn Deutschlands in Beschreibung und in höchst saubern trefflich kolorirten Abbildungen, jede Tafel in Kupferstich und oft schwierigem Kolorit nebst Text kostet nur 5 bis 6 Pfennige. Wir können das Werk aus vollster Ueberzeugung Jedermann empfehlen, nicht nur den Lehrern und Männern vom Fach, sondern auch allen Denen, welche sich für die Pflanzenwelt interessiren. [42]

Viehmarkt.

Berlin, 9. April. Es standen zum Verkauf: 113 Rinder, 914 Schweine, 801 Kälber, 384 Hammel.

Rinder waren, wie gewöhnlich am Freitage, nur in geringerer Qualität am Platz und variirte der Preis je nach Beschaffenheit zwischen 30—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Der Markt wurde nicht geräumt.

Auch bei den Schweinen war beste Waare fast gar nicht vertreten, wurde auch nicht begehrt; ebenso fehlten Bakuner; Landschweine verblieben ungefähr auf der letzterzielten Höhe von 51—54, schwere Waare bis 56, Russen, die zum größten Theil in recht guter Qualität zugetrieben waren, erhielten 48—52 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent.

Kälber sowohl wie Hammel, welche letzteren ja nur in sehr geringer Anzahl am Markt waren, wurden langsam geräumt und erstere mit 45—50, letztere mit 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 9. April. Der Verwaltungsrath der oberschlesischen Eisenbahn hat in seiner heutigen Sitzung die Vertheilung einer 10prozentigen Dividende pro 1879 beantragt, von der Direktion wurde eine Dividende von $9^{5}/_{6}$ pCt. vorgeschlagen. Beide Vorschläge erfolgten vorbehaltlich der Entscheidung des Ministeriums.

Stuttgart, 9. April. Der Ministerpräsident v. Mittnacht begiebt sich, wie der „Staatsanzeiger für Würtemberg" mittheilt, heute nach Berlin, um an den Arbeiten des Bundesrathes theilzunehmen.

Petersburg, 9. April. Die Düna ist bei Riga nunmehr frei vom Eise, bei Mitau dauert der Eisgang noch fort, bei Jekaterinoslaw hat sich Dnieper-Eis in Bewegung gesetzt.

Madrid, 9. April. Das bereits am 6. d. M. angekündigte Manifest der demokratischen Partei wird jetzt von den Zeitungen veröffentlicht. Dasselbe ist vorwiegend von solchen Personen unterzeichnet, welche zur Zeit der föderalistischen Republik und unter Herrschaft des sozialistischen Kantonalismus wenige Monate hindurch den Titel von Senatoren und Deputirten geführt haben. Von den dermaligen Kongreßmitgliedern haben nur Martos und einige seiner Parteigenossen das Schriftstück unterzeichnet, die Mehrzahl der der demokratischen Kammerfraktion angehörigen Mitglieder soll die Unterzeichnung des Manifestes abgelehnt und sich mißbilligend über dasselbe ausgesprochen haben. Die Regierung hat der Veröffentlichung und Verbreitung des Schriftstücks kein Hinderniß in den Weg gelegt und scheint demselben keine Bedeutung beizulegen.